



Will kaum jemand in der Nachbarschaft haben: Fracking
Foto: imago/Rüdiger Wölk

Fracking-Gegner ziehen vor Gericht

Eine Volksinitiative fordert ein Fracking-Verbot für Schleswig-Holstein und legt dafür 40.000 Unterschriften vor. Weil sich der Landtag aus formalen Gründen nicht mit dem Anliegen beschäftigen will, schalten die Fracking-Gegner nun das Landesverfassungsgericht ein

Von Esther Geißlinger

Mit hohem Druck werden Wasser und Chemikalien in den Boden gepresst. Der Untergrund bricht auf, Erdgas steigt auf – doch wohin fließt das mit Giftstoffen angereicherte Wasser? Fracking birgt Unsicherheiten. In Schleswig-Holstein sprechen sich alle Parteien im Landtag gegen das Verfahren aus. Dennoch lehnte es eine Mehrheit der Abgeordneten aus formalen Gründen ab, sich mit dem Antrag einer Volksinitiative zu befassen, die ein Fracking-Verbot für das ganze Land fordert. Nun versucht die Initiative, ihr Anliegen durch die Hintertür doch ins Parlament zu bringen: Das Landesverfassungsgericht soll einen Weg bahnen.

„Schleswig-Holstein, das Tourismusland zwischen den Meeren, soll Deutschlands erste Fracking-Verbotszone werden“, sagt Patrick Breyer, einer der Sprecher der Volksinitiative, die über 40.000 Unterschriften für das

Anliegen gesammelt hat. Politisch gibt es keinen Widerstand: Sowohl die Oppositions- als auch die Regierungsfractionen im Kieler Landtag lobten den Ansatz der Volksinitiative. Das Parlament hat in den vergangenen Jahren mehrfach darüber beraten, Fracking im ganzen Land flächendeckend zu verbieten. Das scheiterte aber immer an den rechtlichen Vorgaben.

„Die Ziele der Initiative unterstützen wir völlig“, sagte Burkhard Peters (Grüne) der taz im Oktober, als über die Zulassung des Antrags im Innen- und Rechtsausschuss beraten wurde. „Aber weil das Land seine Kompetenz überschreiten würde, sind uns juristisch die Hände gebunden.“ Auf diesen Punkt hatte der Wissenschaftliche Dienst, also die juristische Abteilung des Landtages, hingewiesen. Laut dessen Gutachten darf das Land nicht über etwas entscheiden, das eigentlich im Aufgabenbereich des Bundes liegt. Initiativen-Sprecher Breyer, der

selbst Jurist ist und für die Piratenpartei eine Wahlperiode lang im Landtag saß, hofft dennoch auf eine andere Sichtweise des Verfassungsgerichts: „Zum Schutz unseres Wassers soll Schleswig-Holstein als bundesweit erstes Land komplett aus dem hoch riskanten und klimaschädlichen Fracking aussteigen“, wünscht er sich.

Das Verfahren wird unter anderem in Niedersachsen angewendet. Hier gibt es seit den 1960er-Jahren Erfahrung mit dem sogenannten konventionellen Fracking, bei dem Erdgas aus Sandstein gewonnen wird. Im Frühjahr berichtete der NDR, dass Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU) zu Testzwecken auch unkonventionelles Fracking zulassen würde. Dabei wird die Methode in härteren Böden wie Schiefer, Mergel oder Ton angewandt. Da mehr Flüssigkeit gebraucht wird, gilt das Verfahren als gefährlicher. Breyer hofft darauf, durch einen juristischen Sieg in Schles-

wig-Holstein den Weg zum Fracking-Verbot auch für andere Bundesländer zu eröffnen.

Neben der inhaltlichen Frage geht es der Initiative auch um eine formale. Breyer stört, dass der Landtag sich gar nicht erst mit dem Antrag befasst, sondern ihn schon im Vorfeld abgewiesen hat. „Die Volksgesetzgebung darf nicht schlechter gestellt sein als die Parlamentsgesetzgebung“, sagt Breyer. Denn mit Anträgen, die von Fraktionen oder der Regierung stammen, würde das Parlament sich inhaltlich beschäftigen, auch wenn sehr wahrscheinlich ist, dass Beschlüsse hinterher von einem Gericht gekippt werden. Das gelte gerade im Bereich der Innen- und Sicherheitspolitik, hat Breyer beobachtet: „Da testen Parlamente gern mal die Grenzen aus. Diese Chance reklamieren wir auch für Volksinitiativen.“

Ob es die Chance gibt, muss nun das Gericht bewerten. Die Sprecherin des Kieler Landtags

Das ist Fracking

Fracking kommt von Hydraulic Fracturing (englisch für hydraulisches Aufbrechen).

Die Methode: Ein Gemisch aus Wasser, Sand, Säuren und Chemikalien wird unter hohem Druck in das Gestein gepresst, um das Gas herauszulösen.

Ökologie: Die teils hochgiftigen Chemikalien können ins umliegende Gestein oder ins Trinkwasser gelangen. Auch die Klimabilanz des Erdgases ist zweifelhaft.

Bewilligung: Die Suche und die Förderung in einem Öl- oder Gasfeld müssen behördlich genehmigt werden. Dazu muss das Unternehmen einen detaillierten Betriebsplan vorlegen. Umweltverträglichkeitsprüfungen sind erst seit 2015 vorgeschrieben.

Anwendung: Bundesweit wurden bislang ungefähr 300 Frackjobs durchgeführt, die meisten davon in Niedersachsen.

verweist auf das Volksabstimmungsgesetz, das den Umgang der Abgeordneten mit Initiativen regelt. Inhaltlich hätten sich die Abgeordneten an das Gutachten des Wissenschaftlichen

Dienstes zu halten, das den Gesetzentwurf in Teilen als unzulässig einstufte. Mehr lässt sich zurzeit nicht sagen, so die Sprecherin: „Die Klage ist uns noch nicht übersandt worden.“

südwester

Müll ist nicht gleich Müll

In der Silvesternacht war es in Niedersachsen und Bremen **überwiegend ruhig**, meldet die dpa. In Hannovers Innenstadt durften rund um Hauptbahnhof und Kröpcke erstmals **gar keine Knaller** gezündet werden. Besucher, die das Verbot nicht kannten, hätten freiwillig 500 Raketen und ebenso viele Böller in mit Wasser gefüllte Tonnen geworfen, heißt es von der Polizei. Die Krämerseele des **südwesters** ist entsetzt. Es wird **tonnenweise unnützer Krempel** produziert, für den Menschen säckeweise Geld ausgeben, nur um ein paar Lichter in den Nachthimmel zu schießen, und am Ende schmeißen sie ihn ungenutzt **ins Wasser**, anstatt einfach zwei Straßen weiter zu gehen – und dem Neujahrsmüllberg einen Sinn zu geben.

Muscheln unter Windrädern

Die Europäische Auster soll in Offshore-Windparks wieder angesiedelt werden

Die einheimische Europäische Auster soll wieder in der Nordsee angesiedelt werden. Dafür wird auf Helgoland seit 2017 eine Austernzucht aufgebaut, die nicht mit der eingeschleppten, kalifornischen Austernkrankheit Bonamia infiziert ist. In den kommenden Jahren sollen die ersten Auswilderungen in Offshore-Windparks der deutschen Nordsee erfolgen, sagt Rainer Borchering vom Naturschutzbund Nabu. „Dort sind die Austern vor Grundschleppnetzen geschützt und können hoffentlich neue Bänke bilden.“

Die Austernbänke in der Nordsee schienen früher unerschöpflich. Schon im Mittelalter holten Muschelfischer die leckeren Schalentiere massenhaft aus dem Meer. Im Jahr 1870 waren es nach Angaben des Nabu rund fünf Millionen Austern. Doch Überfischung führte vor hundert Jahren zum Zusammenbruch der Bestände, sagt Borchering.

Als dann im Eiswinter 1929 die letzten Austern im Wattenmeer erfroren, war es vorbei: „Die Wiederbesiedlung blieb aus, weil die rie-

sigen Austernbestände in der tieferen Nordsee zwischen Helgoland und Doggerbank abgefischt waren.“

Damals überlebte die Europäische Auster nur an den Felsküsten Westeuropas und Südnorwegens sowie im dänischen Limfjord. Beim Versuch, andere Austernarten heimisch zu machen, wurde um 1978 dann die kalifornische Austernkrankheit Bonamia eingeschleppt. „Und brachte für die Restbestände der heimischen Auster den Zusammenbruch um weitere 90 Prozent“, sagt Borchering. (dpa)

AfD-Landeschefin Sayn-Wittgenstein gibt auf

Die schleswig-holsteinische AfD-Landesvorsitzende Doris von Sayn-Wittgenstein hat ihren Rücktritt erklärt. Das in der Öffentlichkeit erzeugte Bild ihrer Person mache einen Verbleib im Amt unmöglich, ohne dass Amt und Partei Schaden nähmen, heißt es in einer persönlichen Erklärung vom Dienstag. Die 64-Jährige hatte 2014 für einen rechtsextremistischen Verein geworben, der mittlerweile auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD steht. (dpa)